

**Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin**

Federführender Fachbereich Jugend und Soziales	Drucksachen-Nr. 740/2001	
Mitteilungsvorlage		
		<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
		<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich
für ▼	Sitzungsdatum	
Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)	29.11.2001	

Tagesordnungspunkt

Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 13.09.2001 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

Inhalt der Mitteilung

Eine Berichterstattung zu den Punkten A 1-4 und 6 sowie zu den Punkten B 1-4 erübrigt sich.

Zu Punkt 5:

Einrichtung eines Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen gemäß Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2000
503/2001

Der Hauptausschuss ist in seiner Sitzung am 30.10.2001 und der Rat in seiner Sitzung am 08.11.2001 einstimmig dem Beschlussvorschlag des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) gefolgt.

In ihrer Sitzung am 07.11.2001 hat die *Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe Rheinisch-Bergischer Kreis* Mitglieder und deren Stellvertreter/Stellvertreterinnen benannt, die dem Rat zur Berufung vorgeschlagen werden. Auf die Vorlage mit der Drucksachen-Nr. 750/2001 zur Sitzung wird verwiesen.

Zu Punkt 7:

Antrag des Caritasverbandes e.V. sowie des Amtes für Diakonie vom 26.07.2001 auf ergänzende kommunale Mittel zur Förderung des Beschäftigungsprojektes "Fahrradwerkstatt", einer Erprobungs- und Trainingsmaßnahme nach § 72 BSHG (Bundessozialhilfegesetz) 505/2001

Auf Antrag der CDU-Fraktion hat der Rat in seiner Sitzung am 20.09.2001 beschlossen, den Tagesordnungspunkt wegen bestehender Dringlichkeit auf die Tagesordnung zu nehmen.

Als Anlage 1 ist diesem Durchführungsbericht die Vorlage für die Sitzung des Rates und als Anlage 2 ein diesbezüglicher Auszug aus der Niederschrift beigelegt.

Zwischenzeitlich ist die Leistungsvereinbarung zur Unterschrift vorgelegt worden. Die Leistungsvereinbarung ist diesem Durchführungsbericht als Anlage 3 beigelegt.

Zu Punkt 8:

Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

8.1. **Übergangwohnheim *Buchenkampsweg***

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet. Das Antwortschreiben an Frau Wöber-Servaes ist diesem Durchführungsbericht als Anlage 4 beigelegt.

8.2. **Wohnungssituation in Bergisch Gladbach – Jahresbericht 2000 und Wohnungsbauprogramm 2001**

Auf die Mitteilungsvorlage mit der Drucksachen-Nr. 738/2001 zur Sitzung wird verwiesen.

**Auszug aus der Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bergisch Gladbach am 20.09.2001**

Für die Richtigkeit
Im Auftrag

Sabine Biesenbach

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

...

Danach wird übereinstimmend festgestellt, daß eine Erweiterung der Tagesordnung auch hinsichtlich des Antrages der CDU-Fraktion vom 18.09.2001 zur Einrichtung und zum Betrieb einer Fahrradwerkstatt gerechtfertigt ist, da eine Dringlichkeit für die Entscheidung besteht. Auf Vorschlag von Bürgermeisterin Opladen erfolgt eine Behandlung des Antrages als Punkt 9 a im öffentlichen Teil.

...

9a. Antrag des Caritasverbandes e.V. sowie des Amtes für Diakonie vom 26.07.2001 auf ergänzende kommunale Mittel zur Förderung des Beschäftigungsprojektes „Fahrradwerkstatt“, eine Erprobungs- und Trainingsmaßnahme nach § 72 BSHG (Bundessozialhilfegesetz)

Frau Bendig weist auf die Behandlung des Antrages in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuß) am 13.09.2001 hin. Dort sei dem Rat eine einstimmige Beschlußempfehlung unterbreitet worden.

Die Nachfrage von Frau Schmidt-Bolzmann hinsichtlich der Finanzierung des Projektes beantwortet Stadtkämmerer Kotulla mit dem Hinweis auf die Sachdarstellung der Vorlage 505/2001 zum Antrag.

Sodann faßt der Rat einstimmig folgenden

Beschluß:

1. Die Träger Caritasverband e.V. und Amt für Diakonie werden mit der Durchführung des Projektes „Fahrradwerkstatt“ beauftragt.
2. Mit den Trägern wird eine Leistungsvereinbarung zunächst bis zum 31.12.2003 geschlossen. Eine Entscheidung über die Fortführung der Zuschussung soll dann im Herbst 2003 auf der Grundlage eines Erfahrungsberichtes erfolgen, der von den Trägern bis zum 15.07.2003 vorzulegen ist.